

Ein Kongress wird in Göttingen veranstaltet, um der antifaschistischen Bewegung Hilfe zur Neuorientierung zu bieten. Der Kongress soll eine Diskussion um die Perspektive antifaschistischer Politik einleiten, an der es anscheinend hapert. Dabei geht es weder darum, die Grundlage der Politik zu klären, noch um den Vollzug dieser Politik. Stattdessen wird rein perspektivisch über die Zukunft der Bewegung geredet. Das kommt daher, dass die radikale Antifabewegung ein Problem hat, nämlich dass *„der Kampf gegen Nazis...nunmehr Staatslinie ist“*¹. Dies ist aus mehreren Gründen merkwürdig:

Gute Zeiten, schlechte Zeiten: Die Probleme der Antifa

Wieso bereitet die staatliche Antinazikampagne der antifaschistischen Bewegung Probleme? Wenn der Staat tatsächlich die Inhalte der Bewegung übernimmt und diese mit seinen durchaus überlegenen Mitteln verbreitet, sollte das kein Problem für sie darstellen. Im Gegenteil, sie müsste sich freuen, dass so eine starke Kraft auf der eigenen Seite mitkämpft. Wenn es nur darum ginge, gegen Faschisten vorzugehen, dann müssten die organisierten Antifaschisten auch froh darüber sein, dass ein großer Teil der Gesellschaft sich gegen Nazis stellt, ja dass der Antifaschismus sogar zur Chefsache geworden ist. Doch zu diesem Kongress ist weder Herr Schröder eingeladen, noch gibt es ein Expertengespräch mit Herrn Schily.

Auch wenn der Staat mit seinem Antifaschismus *andere* Inhalte verbreitet und *andere* Zwecke verfolgt als die eigenen, dürfte das für die Antifabewegung kein Problem darstellen. Wenn der Staat mit seinem Antifaschismus etwas anderes will als das, was die Antifabewegung als Ziel hat, dann ist eben dieses Ziel noch unerreicht. So bleibt das Problem, gegen das die eigene Politik sich richtet, bestehen und die Antifabewegung hat nach wie vor jede Menge Arbeit vor sich. Doch die Fragestellung des Kongresses kämpft mit ganz anderen Problemen: Nicht als Schritt in die richtige Richtung, sondern als Bedrohung für die eigene Position wird die *„bislang ungekannte politische Breite...gegen Nazis“* aufgefasst. Die Antifa sieht ihre Außenwirksamkeit in Frage gestellt: gerade weil Antifaschismus vom Staat und von breiten Teilen der Gesellschaft getragen wird, fühlen sich die Antifas in ihrem Vorhaben behindert. *„Die Antifa droht als bunter Farbtupfer in der Zivilgesellschaft gegen rechts unterzugehen.“*

Antifa als System-Idealismus

Nur um den Kampf gegen Faschismus kann es hier nicht gehen. Tatsächlich verbindet diese AntifaschistInnen mehr als ihr Antifaschismus. Sie sind schließlich *radikale* AntifaschistInnen, die in den 80er und 90er Jahren zwei Sachen leisten wollten: 1. gegen Nazis vorgehen und 2. antifaschistische Politik als Plattform nutzen, um Linksradikalität zum Ausdruck zu bringen. *„Der Großteil und vor allem die Aktivisten unter den AntifaschistInnen sehen sich als linksradikale antifaschistische Gruppen, das heißt sie haben zumindest den Anspruch, in ihrer Politik weitergehende Positionen zu vermitteln“*. Hier wird Antifaschismus sowohl als Zweck – Faschismus bekämpfen – als auch als Mittel der Politik verstanden. Antifaschismus soll als Plattform genutzt werden, um die immer wieder beschworenen „weiterführenden“ Momente der Antifa-Politik zu vermitteln. Die Verfasser des Aufrufs glauben, dass Antifaschismus und Systemkritik früher wie die Faust aufs Auge passten: *„In den 80er und insbesondere in den 90er Jahren waren Antinaziaktionen ein geeignetes Mittel, viele Menschen auf die Beine zu bringen und gleichzeitig antikapitalistische Inhalte zu vermitteln.“*

Gegen Kapitalismus hat die Antifa anscheinend etwas. Dafür würde es gute Gründe geben: Ein Großteil der Bevölkerung verbringt ihre gesamte Lebenszeit damit, einen immer größer werdenden Warenberg zu produzieren, an dem sie nie teilhaben wird. Die Konkurrenz der Märkte wird so oder so auf ihrem Rücken ausgetragen, entweder auf Kosten ihrer Gesundheit oder auf Kosten ihrer schieren Existenz. Schlicht und ergreifend: man kommt mit seinen Bedürfnissen nur sehr bedingt zum Zug – nämlich nur mit Geld. Doch das alles scheint die Antifa nicht zu stören. Sie kritisiert nämlich etwas anderes.

Wenn auf die antikapitalistischen Inhalte verwiesen wird, heißt es, „*dass die Ursachen für Faschismus in der Gesellschaft zu suchen sind*“ oder – à la Autonome Antifa (M) – dass „*eine Abschaffung faschistischer Gruppierungen bzw. des Faschismus generell ohne eine Abschaffung kapitalistischer Verwertungslogik nicht möglich ist.*“ Gegen Kapitalismus ist die Antifa also, um ordentlich mit den Faschisten aufzuräumen. Antifaschistische Politik betreibt man, um den Antikapitalismus zu vermitteln, der notwendig ist, um wirklich effektiv antifaschistisch zu sein. Die einzige genannte Kritik an der aktuellen Gesellschaft ist also, dass sie die Wurzeln des Faschismus in sich trägt.

Überhaupt interessiert sich die Antifa für die Verhältnisse, wie sie hier und heute herrschen, nur im Hinblick darauf, wie sie sich verschlimmern, verschärfen oder verschlechtern. Sie hat am gesamten Übel der Umstände selbst wenig auszusetzen: dass Sozialabbau eine schlimme Sache ist, versteht die Antifa ziemlich genau - dass der Sozialstaat an sich nichts Gutes, sondern allein für die Verwaltung von Armut da ist, will sie nicht wissen. Antifa-Konsens ist auch, dass der Polizeistaat zu bekämpfen ist. Eine gemäßigte Durchsetzung der Staatsgewalt scheint sie nicht zu stören. Dass der Staat die Bedingungen für den Kapitalismus herstellt und die Leute per Gewalt auf ihre Mittel beschränkt, ist nicht Gegenstand antifaschistischer Kritik. Systemkritik wird hier nicht betrieben. Im Gegenteil werden die Sachen, die verbösert werden, als unbedingt verteidigungswert herausgestellt. Und das, ohne dass man sie überhaupt richtig zur Kenntnis genommen hat.

Hauptsache linksradikal

Trotzdem meinen die Aktivisten, dass sie radikal dagegen sind. Dass sie diese Radikalität nicht näher bestimmen können/wollen, als dass sie eben dagegen sind, zeigt, dass sie etwas anderes als eine gemeinsame Erkenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Kritik daran verbindet. Hier geht es darum, dass man gesellschaftskritisch ist, nicht was für eine Gesellschaftskritik man hat und ob sie was taugt. Also bekennen statt erkennen.

So ergeben die Mittel der Antifa einen Sinn. Demonstrationen, Agitprop und vor allem militante Aktionen sollen „*klarmachen, dass es sich bei autonomen AntifaschistInnen um militante Linksradikale handelt.*“ In der Tat geht es darum, eine Haltung klarzumachen und einen Standpunkt auszudrücken und nicht darum, andere Menschen über eine Erklärung der gesellschaftlichen Verhältnisse von ihren Gründen, gegen Staat und Kapital zu sein, zu überzeugen.

Man könnte meinen, die Antifas würden genau wissen, wofür und wogegen sie sind, wenn sie die zum radikalen Antifaschismus gehörigen Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen. Schließlich erzeugt der Kampf gegen „das System“ ziemliche Ärgernisse bei den Betroffenen (siehe staatliche Gewalt, Repression, etc.). Üblicherweise heißt es an dieser Stelle dann wahlweise, man müsse gesellschaftliche Verhältnisse nicht erklären können. Es reiche zu wissen – und vor allem zu vermitteln – dass ohne Revolution nichts läuft. Anstatt einer aus der Erklärung erwachsenen Kritik findet man nur einen *vorgefassten* Standpunkt. Dieser drückt allein ein moralisches Urteil aus, das man je nach Geschmack teilen mag oder nicht.

¹ Wenn nicht anders gekennzeichnet, wurden alle Zitate dem Kongress-Aufruf entnommen.

Alternativ dazu gibt es auch die Haltung, dass die genaue Erklärung der Gründe gegen Kapitalismus schon noch irgendwo im Theorie-Schränkchen sei. Da man aber viele Leute mobilisieren möchte, kann man sie nicht immer und überall mit dazuschreiben. Hauptsache, die Bewegung positioniert sich als radikal und präsentiert sich als revolutionär.

Sich positionieren soll reichen, um andere Menschen für die eigene Politik zu mobilisieren? An diesem Punkt lässt sich ein Fehler der Antifa deutlich erkennen: ihre Kritik erschöpft sich in einer Paraphrase gefolgt von Ausrufezeichen, an denen man erkennen soll, dass es sich um Kritik handelt. Ihre Aussagen richten sich nur an Menschen, die ohnehin den eigenen moralischen Standpunkt teilen: die Aufgabe der Antifa besteht darin, die Menschen auf neueste Skandale hinzuweisen bzw. Schweine zu „entlarven“ und Schweinereien „aufzudecken“. Im bürgerlichen System mitmachen tut die Bürgerwelt aber nicht, weil sie durch Repression oder Verblendung manipuliert oder weil sie über die Zustände hierzulande uninformiert wäre, sondern weil sie die Grundsätze der Gesellschaft teilt. Wer z.B. die Meinungsfreiheit für eine große Nummer hält, dem leuchten einerseits die Argumente für Polizeieinsätze zum Schutze von Nazis durchaus ein. Auch die von der öffentlichen Meinung genannten Gründe für hartes Vorgehen gegen Antidemokraten aller Couleur kommt ihm andererseits nicht als Skandal vor, sondern als ganz gewöhnlich, wenn nicht sogar zu lasch oder längst überfällig, weil sich solche Standpunkte einfach nicht gehören. Nicht Unkenntnis, sondern stramme Befürwortung der hiesigen Verhältnisse kennzeichnet die Bürgermeinung – man denke nur an die Lichterketten, Demonstrationen für mehr Toleranz, die ganzen Leserbriefe dieser aufgeklärten Demokraten! Um gute Staatsbürger zu Systemkritikern zu machen, muss da schon mehr her als auffällige Satzzeichen!

Nach dieser Logik ist Militanz das passende politische Mittel, weil an ihr so einfach zu erkennen ist, wo man steht. Zum einen kann man deutlich ausdrücken, dass man radikal ist. Zum anderen wird gemessen, wie staatsfeindlich man ist. Schickt einem der Staat nämlich seine Schergen auf den Hals, dürfte sicher sein: die, die am heftigsten verfolgt werden, sind die radikalsten Staatsfeinde. Dass dies kein Fortschritt ist, weiß man spätestens beim Gespräch mit den Nachbarn, die militante AntifaschistInnen nicht als „die Guten“ identifizieren, sondern als Chaoten gegen die der Staat ruhig – nur wenn nötig, versteht sich – zulangen kann. Solche Auftritte haben eben noch nie gute Gründe gegen Staat und Kapital in Umlauf gebracht, aber um die Antifa als Radikale, „die das staatliche Gewaltmonopol nicht anerkennen“, überdeutlich zu machen, taugen sie allemal.

Nachahmenswert finden das Ganze konsequenterweise nur Leute, die das von vorne herein schon sympathisch finden. Menschen, die sich ebenfalls als *irgendwie* oppositionell und systemkritisch fühlen, werden von Aktionen angezogen und kriegen eine Organisation plus sozialem Umfeld geboten. So soll Bewegung sein! Auch wenn moderne Antifas „ansprechbar“ sind, „offene Strukturen“ bieten und gerne „Kontakt aufnehmen“, gilt: love it or leave it. Neue Aktivisten müssen schon von alleine ihren Geschmack am Demonstrieren, Nazis Prügeln, Reversschmuck in rot/schwarz Tragen und Theaterspielen entwickeln. Erkenntnisse über die Übel des Kapitalismus als Grundlage für eine gemeinsame Politik werden so jedenfalls kaum gemeinsam erarbeitet.

Nun gibt es ein Problem mit dem bisherigen Konzept. „*Der Kampf gegen Nazis, der in der Vergangenheit als Ansatz zur Vermittlung antikapitalistischer Positionen*“ diene, taugt nicht mehr zum Ausdruck von Systemopposition. Gerade weil der Staat und breite Teile der Gesellschaft Antifaschismus entdeckt haben, sieht sich die Antifa um ihr Lebensgefühl gebracht. Denn was der Staat macht, kann laut Definition nicht linksradikal sein. Deshalb muss eben auch ein Thema fallengelassen werden, wenn der Staat es übernimmt. Das neue Thema muss dann vor allem zwei Anforderungen erfüllen: es muss linksradikal und unglaublich staatsfeindlich sein.

Jungdynamische Antifagruppe sucht Inhalt für Bewegung

Genau hier setzt der Kongress an. *„Es muss eine Antwort darauf gefunden werden, wie und an welchen Themen linksradikale Positionen vermittelt werden können“*. Die Aufrufenden suchen eine neue Form, um ihrer Gesinnung Ausdruck zu verleihen. *„Politikbereiche, die bisher bestenfalls behutsam angetestet wurden, können und müssen in Zukunft zu Schwerpunkten werden“*. Antifaschismus kann dabei prinzipiell beliebig ausgetauscht werden, da er als gleichgültige Form dieses Gesinnungsausdrucks dient. Welches Politikfeld die Bewegung dafür wählt, hängt von der aktuellen Lage ab, nicht davon, was die beim Kongress versammelten Gruppen für gemeinsame Inhalte haben. Stattdessen wird debattiert, an welchem Inhalt sich die eigene Linksradikalität vermitteln lässt, und zwar nach dem Kriterium des Erfolgs. In den *„grundlegenden Überlegungen“* zu *„Neuorientierung“* und *„der Suche nach neuen Themenfeldern und Perspektiven“* bleibt eines klar: Die Bewegung existiert a priori – sie bezieht sich immer auf eine moralische Position, die außerhalb des aktuellen Politikfeldes und des Aktionspunktes liegt und vorab feststeht. Für diese Moral wird eine neue Ausdrucksform gesucht. Bewegung muss dabei rauskommen, komme was wolle. Und weil die Gruppen sich dabei vom potentiellen Erfolg abhängig machen, schauen sie den Leuten aufs Maul – denn Erfolg kann so nämlich konsequenterweise nur das haben, was die Leute sowieso schon teilen! Das die dann etwas anderes teilen, als die Standpunkte, die sie immer so schön in der bürgerlichen Öffentlichkeit vorgekauft bekommen, ist dann wohl auch kaum zu erwarten. Man kann sich also noch auf viele andere schöne Kongresse wie diesen gefasst machen.